



Tagesordnung 1 Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 23. August 2011

Vorlagen-Nr. 11-F-08-0027

Gender-Budgeting kommunal umsetzen

Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 16.08.2011

Rechtlich wird seitens der UN sowie von der Europäischen Union erwartet, dass die Mitgliedsstaaten bis 2015 Gender Budgeting auf allen Ebenen umsetzen. Seit 2002 bekennt sich die Bundesregierung in Koalitionsverträgen zur Einführung. Dennoch ist bislang bis auf einige Ansätze in den Ministerien Sachsen-Anhalts und in NRW auf Bundesländerebene nicht viel geschehen. Allein im Land Berlin wird Gender Budgeting seit 2002 systematisch umgesetzt. Berlin, München und Freiburg sind Städte, die auf kommunaler Ebene bereits seit geraumer Zeit an der Umsetzung von Gender Budgeting arbeiten.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Ausschuss hält es für notwendig die Geschlechterperspektive in alle Stadien des Haushaltsverfahrens einzubeziehen um langfristig eine geschlechtsneutrale Haushaltsplanaufstellung zu erreichen.

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwiefern kurzfristig für die Aufstellung des Haushaltsplans 2012/2013 Elemente des Gender Budgeting berücksichtigt werden können, und dies entsprechend der Möglichkeiten in die Haushaltsplanberatungen einzubeziehen.

Der Magistrat wird darüber hinaus gebeten zu berichten, welche finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen, um Gender Budgeting langfristig für den danach folgenden Doppelhaushalt (2014/2015) (und folgende) vollumfänglich zu integrieren.

Hierzu könnte das genderbüro Berlin zur Beratung angefragt werden

Anlage für Mitglieder des Ausschusses für Frauenangelegenheiten: weiterführende Informationen zum Gender Budgeting

Beschluss Nr. 0021

1. Der Antrag ist eingebracht.
2. Der Ausschuss beabsichtigt die Einholung weiterer Informationen betr. eventueller finanzieller und personeller Auswirkungen. Der Magistrat wird gebeten hierzu sachkundige Vertreter/Vertreterinnen einzuladen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .08.2011

Schuchalter-Eicke
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, . .2011

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, . .2011

Dezernat I/F
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister